



Verantwortung für Gesundheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit

Dr. Rath Health Foundation Newsletter

1. Oktober 2014

## Politischer Rundbrief - Extra-Ausgabe 4/2014

- Bitte unterstützen Sie diesen wichtigen Protestaufruf! -

Liebe Freunde unserer Gesundheits-Stiftung,

anbei erhalten Sie den aktuellen Newsletter zum Thema Gesundheitspolitik.

### **Junckers EU-Pläne: Ausverkauf der Gesundheit an die Industrie!**

**Lange wurde in den Hinterzimmern gekungelt und geschoben, um die Posten der künftigen EU-Kommission mit neuen Gesichtern aufzufrischen. Klar ist, dass der designierte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die Struktur des EU-Führungszirkels grundlegend umgestalten will. Neben einer neuen Hierarchie, die mehr Durchgriffsrechte ermöglicht, will er auch die Umverteilung von Zuständigkeiten innerhalb der Ressorts durchsetzen. So wurde Ende September bekannt, dass dem Gesundheitsressort die bisherige Kompetenz für Forschung und Entwicklung von Medizinprodukten entzogen und stattdessen dem Kommissariat für Binnenmarkt, Industrie und Unternehmertum unterstellt werden solle.**



Allein dies wäre ein kaum verhüllter Ausverkauf von Patientenrechten an die Profitinteressen der Wirtschaft. Doch damit nicht genug. Junckers Pläne sehen sogar den Wechsel der Zuständigkeit für die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) vor. Auch diese Verantwortung, also die Hoheit über die Zulassung von Medikamenten und medizinischen Produkten, solle dem Industrieressort zugeschlagen werden.

Unverkennbar tragen die durch Juncker vorgelegten Pläne zur personellen Besetzung und Umgestaltung der EU-Kommission die Handschrift von Monopolinteressen. Der dünne, demokratische Anstrich, den sich die ‚Europäische Union‘ zu geben bemüht ist, kann nicht darüber hinweg täuschen, wer im ‚Brüsseler Politbüro‘ die Richtung vorgibt. Ziel der Neuaufteilung im Bereich der ‚Gesundheit‘ ist offenkundig die noch direktere Einflussnahme auf politische Entscheidungen durch das profitorientierte

Pharmakartell. Immer stärker sieht sich das ‚Pharma-Investmentgeschäft mit der Krankheit‘ dem Druck der wachsenden wissenschaftlichen Erkenntnisse aus dem Bereich der Mikronährstoffforschung ausgesetzt, die das menschenverachtende Geschäftsmodell offenbaren und folglich die Existenz einer milliardenschweren Industrie bedrohen.

Die Umsätze der Pharmabranche übersteigen in diesem Jahr erstmals die Marke von einer Billion Dollar<sup>1</sup>. Es steht außer Zweifel, dass ein Geschäftsmodell, welches auf Gedeih und Verderb an die Aufrechterhaltung, ja Ausweitung von Krankheiten gebunden ist und zwangsläufig aus der Bekämpfung von Symptomen seine gigantischen Gewinne erwirtschaftet, nur gegen die Gesundheitsinteressen der Menschen fortgesetzt werden kann. Aus Sicht der globalen Pharmakonzerne ist es daher unerlässlich, die Kontrolle über die Gesundheitsforschung, das Zulassungssystem von Arzneimitteln und Medizinprodukten sowie das Medizinproduktrecht zu intensivieren, um auf Dauer Umsatz und Gewinn zu sichern.

### **Ein Alarmzeichen für alle Bürger!**

Erst vor fünf Jahren wurde die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) richtigerweise im Gesundheitsressort angesiedelt. Daraufhin konnte unter anderem verhindert werden, dass die Arzneimittelfirmen Werbung direkt beim Verbraucher machen können. Die jetzt vorgelegten Pläne, würden dies wieder rückgängig machen und den Patientenschutz mit Füßen treten. Das Bekanntwerden der Juncker-Pläne rief daher nicht nur die Kritik von Verbraucherschützern und Patientenverbänden hervor, sondern gab auch namhaften Vertretern aus der Ärzteschaft unmittelbar Anlass zu „großer Sorge“.

So zeigte sich der Vorsitzende der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft (AKdÄ), Prof. Dr. Wolf-Dieter Ludwig, entsetzt über das Vorhaben Junckers. In einem offenen Brief fordern 35 europäische Verbände aus dem Gesundheitsbereich, zu einer Rücknahme seines Vorhabens auf. Pharmazeutika und Medizinprodukte dürften keinesfalls wie jegliche andere Produkte betrachtet werden, da es hierbei schließlich um die Gesundheit gehe. Das Mandat des Industrie- und Binnenmarktkommissariats beziehe sich hingegen auf die Förderung des Wettbewerbs, also zuallererst auf wirtschaftliche Belange<sup>2</sup>.

Aufgrund diverser auslaufender Patente, Preiskämpfen mit Generika-Herstellern, teilweise nur gering gefüllten Entwicklungspipelines und zunehmender Vermarktungsprobleme sehen sich einige Pharmaunternehmen bereits mit Gewinneinbußen konfrontiert. Hinzu kommt die wachsende Zahl der Veröffentlichungen und Studienergebnisse seitens wissenschaftlich begründeter, nebenwirkungsfreier und nicht profitorientierter Naturheilverfahren wie die Zellular Medizin. Das alles begründet wohl den geplanten Wechsel der EU-Arzneimittelbehörde in das Industrieressort.

Durch direkten Einfluss der Pharma-Lobbyisten auf die Politik lassen sich die Profitinteressen der Pharma-Aktiengesellschaften zielstrebig umsetzen. Gesundheit bringt für diese menschenfeindlichen Konzerne schließlich keinen Profit. Deshalb gilt die Forderung: Die EMA, eine der weltweit wichtigsten Arzneimittelzulassungsbehörden, muss die Gesundheitsinteressen der Menschen vertreten und darf nicht auf Gewinnerwirtschaftung der Pharmakonzerne fokussiert sein.

Deshalb reicht es aus unserer Sicht nicht nur aus, die Zuständigkeit für essentiell gesundheitliche Belange, wie medizinische Forschung und Entwicklung als auch die Obhut über die Zulassung von Arzneimitteln und Medizinprodukten, dem Gesund-

heitsressort zuzuordnen bzw. dort zu belassen. Vielmehr muss das Gesundheitswesen dringend unter öffentliche Kontrolle gestellt werden. Nur so kann in diesem Schlüsselbereich der Daseinsfürsorge eine wirkliche Unabhängigkeit politischer Entscheidungen, frei von der jetzigen Dominanz wirtschaftlicher Interessen garantiert werden.

Auf EU-Ebene bedeutet dieser Schritt jedoch weit mehr als eine simple Beibehaltung alter Ressortzuschnitte. Erforderlich ist eine durchgreifende Reform des gesamten politischen Machtapparats nach demokratischen Maßstäben, also eine völlige Abkehr von den heutigen, faktisch diktatorischen Strukturen. Dass eine solche fundamentale Veränderung nicht von einem EU-Bürokraten vom Gepräge eines Jean-Claude Juncker zu erwarten ist, steht außer Frage. Umso entschiedener müssen wir, die Bürgerinnen und Bürger aller EU-Staaten, diesen politischen Druck aufbauen!

### **Was bezweckt die EU-Kommission überhaupt?**

Natürlich wissen wir, dass alle Schlüsselbereiche des Lebens, wie die Gesundheit, die Energieversorgung, das Finanzsystem, ja sogar die Erlangung von Wissen und Bildung heute bereits weitgehend globalen Profitinteressen untergeordnet sind. Umso mehr gilt es, dass die Menschen es nicht zulassen dürfen, dass die Reste von Demokratie und freier Marktwirtschaft vollends dem Diktat einer Monopolclique geopfert werden. Die Ziele der EU sind jedoch genau darauf ausgerichtet, eine Finanz- und Pharmadiktatur zu errichten. Schon heute haben die Bürger Europas weder die Kontrolle über die Exekutive noch über den Prozess der Gesetzgebung. Ein EU-Parlament wird zwar gewählt und darf mittels des „Feigenblatt-Artikels“ (Artikel 225 des Lissaboner Vertrages) die Kommission zur Vorlage eines Gesetzesvorschlages auffordern. Doch diese kann ablehnen.

Monopolinteressen, zuvorderst das Öl-, Chemie- und Pharma-Kartell, steuern und kontrollieren die Exekutive und Legislative. Das Schein-Parlament hat keinen Rechtsanspruch auf eine unabhängige Rechtsetzung. Kein Gesetz kann ohne die Zustimmung der von den Monopolen kontrollierten EU-Kommission erlassen bzw. verabschiedet werden. Das widerspricht vollkommen den Grundprinzipien der Demokratie. Stattdessen herrscht gegenwärtig eine nicht-legitimierte EU-Kommission mitsamt ihrem gewaltigen bürokratischen Beamtenapparat von 54 000 Mitarbeitern über 500 Millionen Menschen in Europa<sup>3</sup>.

Ziel der EU-Politik ist es, die noch weitgehend nach demokratischen Prinzipien funktionierenden nationalen Parlamente schrittweise auszuschalten und die Nationalstaaten restlos dem Diktat dieser globalen Konzerne zu unterwerfen. Dafür sind allein in Brüssel Heerscharen von Lobbyisten (2 500 Lobbying-Organisationen mit ca. 15 000 Politik-„Einflüsterern“ unterwegs).<sup>4</sup> Genau in diesem Bestreben, den Einflussbereich und damit die Macht des Pharmakartells auszuweiten, ist die vorgesehene Umstrukturierung in den EU-Kommissionen zu sehen. Wir müssen jetzt und hier unseren Protest erheben, bevor es möglicherweise zu spät ist. Wir fordern deshalb von den politischen Entscheidungsträgern unseres Landes und der Europäischen Union:

- Die Gesundheit der Menschen darf nicht den Profitinteressen geopfert werden!
- Das Gesundheitswesen – einschließlich der medizinischen Forschung – muss unverzüglich und unwiderruflich unter öffentliche Kontrolle gestellt werden. Nur durch die Beendigung des „Investment-Geschäftes mit der Krankheit“ ist es möglich, die heutigen Volkskrankheiten zu beseitigen, Millionen Menschenleben zu retten und die öffentlichen und privaten Haushalte grundlegend

und nachhaltig zu entlasten.

- Setzen Sie sich für ein Europa der Menschen ein – eine Europäische Union nach den Grundprinzipien der Demokratie! Tragen Sie dazu bei, die EU-Diktatur der Konzerne zu beenden!

**[Ich schließe mich diesem Protest an!](http://www4ger.dr-rath-foundation.org/juncker-protest/index.php)**

<http://www4ger.dr-rath-foundation.org/juncker-protest/index.php>

1. Der Branchenanalyst IMS Health erwartet für das Jahr 2016 einen Anstieg der Umsätze auf \$ 1,2 Billionen. [Pressemitteilung vom 12. Juli 2014.](#)
2. [Offener Brief von europäischen Gesundheitsverbänden an Jean-Claude Juncker vom 16.09.2014](#)
3. P. A. Taylor, A. Niedzwiecki, M. Rath, A. Kowalczyk: „Die Nazi-Wurzeln der ‚Brüsseler EU‘“ (2011). Die kostenfreie Online-Version finden Sie unter [www.relay-of-life.org](http://www.relay-of-life.org).
4. „Die Macht der Lobbyisten“ - Dokumentation von Arte am 12.02.2013